

An

Die Fraktionsvorsitzenden

Sehr geehrte/r Frau/Herr.....

Jede Bürgerschaftswahl bedeutet einen Einschnitt für den öffentlichen Dienst. Bei einem Wechsel der Parteispitzen werden die Behördenspitzen ausgewechselt und neue politische Schwerpunkte durchgesetzt. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat dies Auswirkungen auf die tagtägliche Arbeit.

Die Erwartungen an die zukünftig regierende Partei/Parteien hat die komba gewerkschaft hamburg für Sie in einem Forderungskatalog zusammengestellt.

Wir beabsichtigen, diese Forderungen in unserer nächsten Mitgliederzeitung „aspekte“ zu veröffentlichen und bitten um Ihre Stellungnahme.

Dies ist unser Forderungspapier:

Zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitgebers Öffentlicher Dienst bedarf es einer verstärkten Werbung um die „besten Köpfe“.

Besonderes sollte sich der künftige Senat einsetzen für die Unterbringung seiner Anwärterinnen/ Anwärter und Auszubildenden, denn sie sind die Zukunft! Dazu gehört auch, dass sie eine gute und günstige Wohnung zur Verfügung gestellt bekommen. Der Bau von zentral gelegenen und bezahlbaren Wohnunterkünften muss gefördert werden.

Der zukünftige Senat soll sich für den Schutz vor körperlicher und verbaler Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, insbesondere denen mit Bürgerkontakten (z.B. Sozialämter, Jobcenter, Feuerwehr und Rettungsdienste, Kundenzentren) einsetzen. Ein härteres Vorgehen gegen die Straftäter ist notwendig.

Stärkung des Beihilfeberechtigten durch einfachere Verfahren und schnellere Abarbeitung der Anträge. Übernahme aller Krankenkassenleistungen in den Beihilfekatalog (z.B. PrEp-Medikamente).

Keine flächendeckende Ausweitung der Samstagarbeit (wie z.B. bei den Kundenzentren), wenn dies nicht zwingend notwendig ist.

Nutzung und Stärkung der Fachkompetenzen „In House“ statt teure Beratungsverträge abzuschließen.

Schaffung eines einheitlichen behördlichen Umgangs mit Themen wie „mobiles Arbeiten“, Telearbeit und mehr Flexibilität der Arbeitszeiteinteilung. Kein Nasenprinzip zulassen!

Für alle Beschäftigten ein kostenfreies Jobticket anbieten nach dem Vorbild anderer Städte und Länder (z.B. Hessen und Frankfurt). Möglichkeit der Ausweitung der Möglichkeit, dass auch die Tarifbeschäftigten ein E-Bike leasen können. Dies dient der Umwelt und der Attraktivität des Arbeitgebers FHH.

Zur Gesundheitsprävention sollen FHH-einheitlich im Sinne von „Best Practice“ gut eingeführte Vorsorgemaßnahmen aus verschiedenen Behörden (als Beispiel die BWVI) übernommen werden.

Eine einheitliche Grundausstattung der Arbeitsplätze sollte angestrebt werden. Dazu gehören z.B. ein 2. Monitor, ein höheverstellbarer Schreibtisch und eine ergonomische Ausstattung.

Bei der Einführung weiterer IT-Programme muss schon im Vorwege auf Nutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Funktionalität und eine ausreichende Schulung geachtet werden. Nie wieder KoPers oder PROSOZ.

Nach der Bürgerschaftswahl keine teuren oder unnötigen Behördenumstrukturierungen vornehmen.

Verbraucherschutz durch mehr Lebensmittelkontrollen stärken, dies geht nur mit ausreichend Personal.

Der Senat sollte sich einsetzen für ein bundeseinheitliches Vergaberecht. Dies dient der Vereinheitlichung, Stärkung des Beschaffungssektors und der Verhinderung von Lobbyisten-Einfluss.

Keine weitere Privatisierung von öffentlichen Aufgaben.

Bürokratie abbauen durch die Abschaffung von Deputationen.

Beamtenrechtliches Beteiligungsverfahren/ Gewerkschaftsbeteiligung / wie in SH????????